

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 49 (2022)
Heft: 2

Artikel: Die "Festung Europa" am Pranger
Autor: Peter, Theodora
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1052167>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Die «Festung Europa» am Pranger

Die Schweiz soll sich stärker an der Kontrolle der europäischen Aussengrenzen beteiligen. Doch die Aufrüstung der Grenzschutzbehörde Frontex ist umstritten. Am 15. Mai entscheidet das Stimmvolk an der Urne. Ein Nein könnte in Brüssel für weitere Irritationen sorgen.

THEODORA PETER

«Wenn ich an Frontex denke, dann sehe ich in erster Linie Gewalt», sagt Malek Ossi. Der 28-jährige Syrer flüchtete vor sechs Jahren via die Türkei in die Schweiz und gehört zur Bewegung «Migrant Solidarity Network», welche das Referendum gegen den Ausbau der Schweizer Beteiligung an der europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex) ergriffen hat. Dem Online-Magazin «Republik» erzählte Ossi von der Odyssee, die ihn über die sogenannte Balkanroute in die Schweiz führte. «Ich weiss, was es heisst, wenn hinten das türkische Militär steht und vorne die griechische Polizei wartet.» Mit Dutzenden anderen Flüchtlingen versteckte er sich eine Woche im Wald, bevor er sich über den Grenzfluss Evros wagte, der damals von den griechi-

schon Behörden und von Frontex-Beamten bewacht wurde. Während Ossi es schliesslich nach Europa schaffte, scheitern viele andere beim Versuch, die EU-Aussengrenze überhaupt zu erreichen. Immer wieder erzählen Geflüchtete, dass sie von Grenzpolizisten zurückgedrängt wurden. So sind Fälle dokumentiert, in denen die griechische Küstenwache in der Ägäis Gumboote mit Flüchtlingen zurück in türkische Gewässer gestossen hatte.

Solche «Pushbacks» verstossen gegen die Europäische Menschenrechts- und gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Demnach müssen Flüchtlinge ein Asylgesuch stellen dürfen und haben Anrecht auf ein rechtsstaatliches Verfahren. Mit anderen Worten: Wer Schutz sucht, soll zumindest angehört werden. Asyl- und Menschenrechts-

organisationen werfen Frontex vor, illegale «Pushbacks» durch nationale Polizeibehörden zu tolerieren oder gar darin verwickelt zu sein. Ein Untersuchungsausschuss des Europaparlamentes forderte deshalb mehr Überwachung und Transparenz.

Als Schengen-Staat in der Pflicht

Die Rolle der Frontex an den EU-Aussengrenzen gab letzten Herbst auch im eidgenössischen Parlament zu reden. Als Schengen-Mitglied beteiligt sich die Schweiz seit 2011 an der EU-Grenzschutzbehörde – und muss folglich auch deren Budget-Ausbau mitfinanzieren. Mit der Aufrüstung soll Frontex bis 2027 über eine Reserve von 10 000 Einsatzkräften verfügen. Bislang zahlt die Schweiz pro Jahr

Die Frontex, hier eine ihrer Patrouillen im Einsatz an der griechisch-türkischen Grenze, will eine Reserve von 10 000 Einsatzkräften aufbauen. Foto Keystone



rund 14 Millionen Franken. Bis 2027 soll dieser Betrag auf jährlich 61 Millionen Franken steigen. Dagegen wehrten sich SP und Grüne mit dem Argument, Frontex wolle an den Aussen Grenzen eine regelrechte «Armee» aufbauen, um die «Festung Europa» abzuschotten. Die Mehrheit von National- und Ständerat stellte sich jedoch hinter ein stärkeres Engagement der Schweiz: Schliesslich profitiere das Land vom Schutz der Schengen-Ausgrenzen.

Die vielen Toten im Mittelmeer seien zwar eine «Schande für Europa», sagte der grünliberale Nationalrat Beat Flach. Schuld daran sei aber nicht Frontex: Die Behörde sei im Gegenteil «eines der Mittel, um dies künftig zu verhindern». Bundesrat Ueli Maurer wies die Kritiker darauf hin, dass die Schweiz die Einhaltung von Grundrechten besser einfordern könne, wenn «wir an der Front mit dabei sind». Seine Partei, die europakritische SVP, ist in der Frage jedoch ge-

spalten. Die einen begrüssen eine stärkere Kontrolle der Schengen-Ausgrenzen als Bollwerk gegen «Wirtschaftsmigranten», andere möchten die zusätzlichen Millionen lieber in den Schutz der Schweizer Grenzen stecken.

Gegen «Militarisierung der Grenzen»

Zur Volksabstimmung kommt es, weil ein Bündnis von rund 30 Organisationen das Referendum ergriffen hat. Die Aktivistinnen und Aktivisten des «Migrant Solidarity Network» stellen sich grundsätzlich gegen das EU-Grenzschutzregime als «Symbol für die Militarisierung der Grenzen». Nicht mit dabei ist Amnesty International. Die Menschenrechtsorganisation plädiert vielmehr dafür, diejenigen Kräfte innerhalb der EU zu stärken, welche Frontex dazu verpflichten wollen, «den Schutz von Geflüchteten ins Zentrum zu stellen – anstatt Men-

schen auf der Flucht zusätzlich zu bedrohen.» Tatsächlich setzen vor allem osteuropäische EU-Länder beim Grenzschutz auf die Abwehr von Migrantinnen und Migranten.

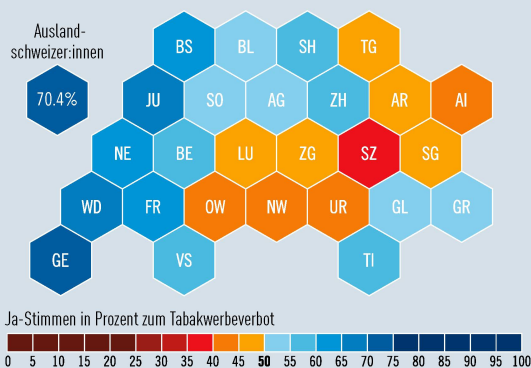
Am 15. Mai wird an der Urne nicht grundsätzlich über die Beteiligung am europäischen Grenzschutz entschieden. Das Referendum könnte aber Konsequenzen für die Beteiligung der Schweiz am Schengen-Raum haben, gibt der Politologe Fabio Wasserfallen von der Universität Bern zu bedenken. «Bei Schengen ist man entweder dabei oder nicht – mit allen Konsequenzen.» Zwar müsse die Schweiz bei einem Volks-Nein nicht unmittelbar mit einem Rauswurf rechnen, «doch der Druck, rasch eine Lösung zu präsentieren, wäre hoch.» Für Irritationen in Brüssel könnte dabei sorgen, dass die Schweiz nicht mehr als «verlässliche Partnerin» wahrgenommen wird, erklärt Wasserfallen. Die bereits angespannte Beziehung zur EU könnte sich damit weiter verkomplizieren.



Rückblick auf den Urnengang vom 13. Februar

Ja zu Einschränkung der Tabakwerbung

Kinder und Jugendliche sollen vor Zigarettenwerbung geschützt werden. 57 Prozent des Stimmvolks und die Mehrheit der Kantone befürworteten die Initiative von Gesundheitsorganisationen.



Nein zu Tierversuchs-Verbot

Mit 79 Prozent Nein-Stimmen klar verworfen wurde eine Volksinitiative, mit der ein Bürgerkomitee eine radikale Abkehr von der heute praktizierten Pharmaforschung verlangte. Kein einziger Kanton sagte Ja.

